



Compliance-Richtlinie „Kartellrecht“
des
Herstellerverbandes Raumlufotechnische Geräte e. V.

Der Herstellerverband Raumlufotechnische Geräte e. V. ist ein Zusammenschluss führender Hersteller in Deutschland und im benachbarten Ausland. Das gemeinsame Ziel: Raumlufotechnische Geräte auf höchstem technischen Niveau. Mit dem Zertifizierungssystem und den Energieeffizienzlabes A +, A und B hat der Herstellerverband und die ihn tragende Industrie eine Lösung geschaffen, die dem Planer, Investor und Kunden ein Höchstmaß an Sicherheit und Transparenz im Hinblick auf die Energieeffizienz des RLT-Gerätes bietet.

Herstellerverband Raumlufotechnische Geräte e. V. • Hoferstraße 5 • 71636 Ludwigsburg
Tel. 07141-25881-40 • Fax 07141-25881-49
E-Mail info@rlt-geraete.de • www.rlt-geraete.de

Bekanntnis des Herstellerverbandes Raumlufotechnische Geräte e. V. zu einem unverfälschten Wettbewerb

Unsere Marktwirtschaft ist darauf angewiesen, dass die Unternehmen im Wettbewerb untereinander mit ihren Leistungen, ihren Preisen und ihrem Service um die Kunden (und Lieferanten) konkurrieren. Der Wettbewerbsdruck zwingt die Unternehmen dazu, ihre Preise möglichst günstig und ihre Leistungen und ihren Service möglichst gut zu erbringen. Der Herstellerverband Raumlufotechnische Geräte e. V. bekennt sich daher zu einem freien und unverfälschten Wettbewerb und lehnt jede kartellrechtswidrige Verfälschung des Wettbewerbs durch Unternehmen oder Branchenverbände strikt ab.

Funktion und Ziele dieser Compliance-Richtlinie

Diese Compliance-Richtlinie dient der Vorbeugung von Kartellverstößen beim Herstellerverband Raumlufotechnische Geräte e. V. Sie richtet sich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Organe des Herstellerverbandes Raumlufotechnische Geräte e. V. Ihr Ziel ist es, über die wichtigsten Verbote des Kartellrechts aufzuklären und klare Verhaltensanforderungen aufzustellen, um Verstöße zu vermeiden.

Einen vollständigen Überblick über die vielfältigen Probleme des Kartellrechts kann diese Compliance-Richtlinie allerdings nicht geben. Vielmehr konzentriert sie sich auf die wesentlichen Verbote, die für die tägliche Verbandsarbeit von Bedeutung sind. Bei weitergehenden Fragen muss entsprechender Rechtsrat eingeholt werden.

A. Verbotene Verhaltensweisen im Kartellrecht

I. Verbotene Verhaltensweisen für Unternehmen

1. Verbotene Absprachen über „Tabuthemen“ / Boykotte

Das Kartellrecht verbietet den Unternehmen, insbesondere, wenn sie im Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, ihr Marktverhalten abzusprechen oder sonst zu koordinieren. Ein Branchenverband wie der Herstellerverband Raumlufotechnische Geräte e. V. ist zwar kein „Unternehmen“, aber seine Mitglieder setzen sich aus Unternehmen zusammen, und zwar in der Regel aus den Wettbewerbern einer Branche, die in den Gremien und Arbeitskreisen des Verbandes in engen Kontakt kommen können. Ein Branchenverband muss daher verhindern, dass er seinen Mitgliedern ein Forum für verbotene wettbewerbsbeschränkende Absprachen bietet.

Unternehmen, insbesondere Wettbewerber, dürfen untereinander grundsätzlich keine Absprachen über ihr Wettbewerbsverhalten treffen und nicht zu einem Boykott aufrufen. Das betrifft insbesondere folgende Themen, die nachfolgend als

„Tabuthemen“

bezeichnet werden sollen:

- **Preise und Preisbestandteile:** Verboten ist insbesondere jede Absprache über Endkundenpreise, Mindestpreise, Preisbandbreiten, Einkaufspreise, Zeitpunkte von Preiserhöhungen, aber auch über einzelne Preisbestandteile, Kalkulationsgrundlagen, die Weitergabe gesteigerter Vorkosten oder die Gewährung von Rabatten.
- **Konditionen:** Verboten ist insbesondere jede Absprache über den Umfang von Gewährleistungen und Garantien, über Lieferbedingungen und Zahlungsbedingungen oder über die Durchführung von begleitenden Services.
- **Kunden:** Verboten ist insbesondere jede Absprache darüber, welche Kunden oder Kundengruppen von dem einen und von dem anderen Wettbewerber beliefert werden; verboten ist auch das gegenseitige Respektieren der „Stammkunden“.
- **Liefergebiete:** Verboten ist insbesondere jede Absprache über die Aufteilung von Liefergebieten, etwa dergestalt, dass sich jeder Wettbewerber ein Liefergebiet „reserviert“, in dem der andere Wettbewerber nicht tätig wird.
- **Quoten und Kapazitäten:** Verboten ist insbesondere jede Absprache über eine Drosselung oder Beschränkung der Produktion, über Produktionsquoten oder Kapazitätsverknappungen bzw. über den gebremsten Ausbau der Kapazitäten.
- Verboten ist auch die **abgestimmte Teilnahme an Ausschreibungen** dergestalt, dass Wettbewerber mit abgesprochenen Preisen oder Konditionen an Ausschreibungen teilnehmen (zulässig kann dagegen die Bildung von Bietergemeinschaften sein, wenn ein Anbieter alleine einen Auftrag nicht stemmen könnte).
- Verboten sind ebenfalls **verabredete Marktaustritte** dergestalt, dass der eine Wettbewerber nach Absprache mit dem anderen Wettbewerber sich aus einem Markt zurückzieht bzw. gar nicht erst in ihn eintritt.
- Auch die **Abstimmung über geplante Innovationen**, z. B. dergestalt, dass zwei Wettbewerber verabreden, die Einführung einer Produktinnovation zu verschieben, ist unzulässig.
- Auch zwischen Nicht-Wettbewerbern sind Absprachen über ein abgestimmtes Marktverhalten teilweise unzulässig, kommen aber seltener vor. Hervorzuheben ist, dass **Hersteller ihren Händlern** grundsätzlich **keine Endkundenpreise vorschreiben** dürfen und ihnen grundsätzlich auch nicht vorgeben dürfen, nicht in bestimmte Gebiete oder an bestimmte Kunden zu liefern (Ausnahmen sind hier aber möglich).
- **Boykottverbot:** Neben dem Verbot wettbewerbsbeschränkender Absprachen sind auch einseitige Maßnahmen von Unternehmen verboten.

Hervorzuheben ist insofern das Boykottverbot. Danach ist es verboten, wenn ein Unternehmen andere Unternehmen dazu aufruft, mit bestimmten dritten Unternehmen nicht zusammenzuarbeiten, insbesondere diese nicht zu beliefern oder nicht von ihnen zu beziehen.

II. Verbotene Verhaltensweisen für Verbände

Das Kartellrecht verbietet nicht nur den Unternehmen, wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zu treffen und ihr Verhalten abzustimmen und zu Boykotten aufzurufen, es nimmt auch direkt die Verbände in die Pflicht: Verboten sind sogenannte „Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen“, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. Aber auch Boykottaufrufe durch Verbände sind verboten.

Hinter diesem an die Verbände gerichteten Verbot steht der Gedanke, dass die Unternehmen das Verbot wettbewerbsbeschränkender Absprachen leicht umgehen könnten, wenn sie die Verhaltenskoordinierungen an einen Verband delegieren. Man stelle sich zwei Tankstellen vor, die ihre Preise zwar nicht absprechen, die aber einen gemeinsamen Verein gründen, dem sie das satzungsmäßige Recht einräumen, mit verbindlicher Wirkung für seine Mitglieder die Preise festzulegen.

Im Einzelnen sind den Branchenverbänden, jeweils mit Bezug zu den oben genannten „Tabuthemen“, folgende Maßnahmen verboten:

- Verbindliche Beschlüsse von satzungsmäßigen Gremien, mit denen den Mitgliedern ein einheitliches Verhalten im Markt vorgegeben wird,
- verbindliche Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen, Erklärungen, Positionspapiere, Presseerklärungen, Interne Mitteilungen, aber auch (interne) Vorträge und Schulungen,
 - die bezwecken oder geeignet sind, von den Mitgliedsunternehmen als Richtschnur für ihr Marktverhalten genommen zu werden,
 - die sensible Informationen enthalten, die so öffentlich nicht zugänglich sind.
- Boykott: Aufforderung gegenüber bestimmten Unternehmen, mit bestimmten dritten Unternehmen nicht zusammenzuarbeiten, insbesondere diese nicht zu beliefern oder nicht von ihnen zu beziehen.

Beispiele für unzuverlässiges Verbandsverhalten sind insoweit etwa:

- Ein Branchenverband empfiehlt in einem Rundschreiben seinen Mitgliedern, den Kunden nicht mehr als 12 Monate Gewährleistung zu geben.

- Der Verband der Hersteller von X-Produkten veröffentlicht in einer Presseerklärung, dass er davon ausgehe, dass auf Grund der gestiegenen Stahlpreise die Preise für X-Produkte in den nächsten Wochen um ca. 3,5 % bis 5 % steigen werden.
- Boykott: Der Branchenverband der Milchviehhalter ruft seine Mitglieder dazu auf, bestimmte Molkereien nicht mehr zu beliefern. Er will damit einen Mindestpreis für Milch durchsetzen.

B. Konsequenzen für die Verbandsarbeit

Die dargestellten Verbote, die sich sowohl an die Unternehmen als auch an die Branchenverbände direkt wenden, haben Konsequenzen für die Verbandsarbeit. Es gilt, jeden drohenden Kartellverstoß von vornherein zu unterbinden.

I. Keine Duldung unzulässiger Absprachen und Informationspreisgaben

Bei allen Veranstaltungen des Herstellerverbandes Raumluftechnische Geräte e. V., das heißt in den Arbeitskreisen, in den Gremien, in den Vorstands-, und Mitgliederversammlungen des Verbandes, auf Treffen des Verbandes müssen die oben benannten „Tabuthemen“ wirklich tabu sein.

- II.** Der Herstellerverband Raumluftechnische Geräte e. V. unterstützt keinerlei Aktivitäten, mit denen Unternehmen unzulässige Absprachen treffen bzw. in unzulässiger Form ihr Verhalten koordinieren, unzulässige Informationen austauschen oder zum Boykott aufrufen. Der Herstellerverband Raumluftechnische Geräte e. V. übermittelt keinerlei Informationen, Mitteilungen oder Hinweise eines (Mitglieds-) Unternehmens an ein anderes (Mitglieds-) Unternehmen.

Bietigheim-Bissingen, 1. Juli 2015, aktualisiert (Herstellerverband Raumluftechnische Geräte e. V.)

Vorstand und Geschäftsführung